

Befehlung.
Zufpruch.
Bäckermeister.

22. Januar 1919.
zige.

Freunden und Be-
daß mein innigst-
er, Sohn, Bruder

Kraft,
2. Klasse, der
und der Medaille
zeit,

tehend, nach kurzer,
9 Jahren in einem

trauer:
mit Kind Eugen.
kraft.

den 26. Januar,
statt.

Befehlung.

meistern in Pforzheim
wie in sämtlichen

Bedarfsartikeln,
en

en zu jeweils billigsten

Pforzheim,
Güterbahnhof.

iro-Fräulein
gesucht.

männlich gewandtes, zu-
ges Fräulein für Bau-
en Enzthal sofort gesucht.
te mit Angabe der Bor-
und Gehaltsforderung
R. 167 an die Geschäfts-
s. Blattes.

karbolinum
Dachpappe
on Steegmüller
öhne, Stuttgart,
phon 7704.

Bettmäßen

itt bei Jung u. Alt Vogl-
ners bewahrt. Blafente,
n Anstalten u. Ärzten er-
obt, zahlr. Dankschreiben.
osp. grat. geg. Rückports.
Mich. Voglsamer,
r. Krankenpfleger und
Beilgehilfe,
München, Dopenstr. 11.

Preis vierteljährl.:
in Neuenbürg M 2.25.
Durch die Post im Orts-
und Oberamts-Verkehr
M 2.25, im sonstigen
Inland-Verkehr M 2.35
und 30 Pfostbestellgeld.

Bestellungen nehmen alle Post-
stellen und in Neuenbürg die
Postträger jederzeit entgegen.
Konto Nr. 24 bei der
O.M.-Sparkasse Neuenbürg.
Telegraphenadresse:
„Enztäler“, Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enzthal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigenpreis:
die einspalt. Zeile 15 Pf.
bei Anstufungsverteilung
durch d. Geschäftsst. 30 Pf.
Reklame-Zeile 40 Pf.
Bei öfterer Aufnahme
entsprechender Nachlaß,
der im Falle des Mahn-
verfahrens hinfällig wird.
Schlag der Anzeigen-
Annahme 4 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telegraphische Bestellungen
keine Gebühr übernommen.

Nr. 18. | Neuenbürg, Donnerstag den 23. Januar 1919. | 77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 21. Jan. Die sozialdemokratische Fraktion der verfassunggebenden Landesversammlung hat gestern ihre konstituierende Sitzung abgehalten. Es wurde laut „Schwab. Tagblatt“ einstimmig beschlossen, für das Amt des Präsidenten der Landesversammlung den Abgeordneten Keil vorzuschlagen.

Stuttgart, 22. Jan. Auf eine Anfrage, die ein württ. Großindustrieller an Finanzminister Dieckhoff richtete, erhielt derselbe folgenden wörtlichen Bescheid: „Von Staatsbankrott keine Rede, wenn Landesversammlung sparsame Finanzpolitik treibt.“ Die Empfänger von Militär- und anderen Renten brauchen also einstweilen nicht besorgt sein, daß der Staat sie im Stich läßt.

Biberach, 21. Januar. Am Vorabend der Wahlen zur Nationalversammlung fand hier eine große Zentrumsversammlung unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Wagner statt. Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: „1. Wir protestieren gegen die Waffenstillstandsbedingungen, die uns von unseren Feinden auferlegt sind, insbesondere gegen die Fortdauer der Blockade und gegen die Verwendung deutscher Kriegsgefangener zum „Wiederaufbau“ Belgiens und Nordfrankreichs. 2. Wir protestieren gegen die Einverleibung von Elsaß Lothringen in das französische Staatsgebiet. 3. Wir protestieren gegen die Wegnahme unserer Kolonien. 4. Wir protestieren gegen das Verlangen der Franzosen nach dem Besitz des linken Rheinuferes. 5. Wir protestieren gegen das Vorgehen der Polen und Tschechen gegen deutsche Länder. 6. Wir protestieren gegen alle weiteren von den feindlichen Völkern und in der feindlichen Presse und zugemuteten Vergewaltigungen. 7. Wir verlangen als großes Volk einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit. (Ob sich die Verfechter der „Gerechtigkeit“ im Ententelager um diese Proteste wohl kümmern? Schriftl.)

Karlsruhe, 22. Jan. Hinsichtlich des Aufenthalts Demobilisierter in der neutralen Zone wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß der von französischen Offizieren für Mannheim gestellte kurzfristige Termin — 26. Januar — wohl kaum für die ganze neutrale Zone als maßgebend angesehen werden könne. Allein schon die Aufstellung der Listen usw. würde sich keinesfalls bis zu diesem Termin ermöglichen lassen.

Mannheim, 22. Jan. Behufs Aufhebung oder Milderung des Aufenthaltsverbots Demobilisierter in der neutralen Zone hat sich Abgeordneter Beck telegraphisch an das Auswärtige Amt gewandt. Nach einer telephonischen Mitteilung, die dem Mannheimer Bürgermeisteramt auf seine Anfrage vom Ministerium des Innern zugeht, haben in Karlsruhe am Montag Besprechungen zwischen dem Ministerium und dem französischen Oberst Wimpffen stattgefunden, in welchen der französische Offizier eine genaue Durchführung des Verbots ankündigte und wegen der angeregten Auslegungen und Milderungen lediglich seinem Chef, dem General Gerard, Mitteilung zu machen versprach. Hierbei wurde Lt. R. Bad. Vdsztg. seitens der badischen Regierung vorgeschlagen, daß Gesuche um Ausnahmegenehmigungen bei den Bezirksämtern angebracht werden dürfen.

Am Sonntag abend fand sich am Mollstedental eine vielhundertköpfige Menschenmenge zusammen, um in öffentlicher Aussprache über Maßnahmen gegen die Ausweisung aus der neutralen Zone zu beraten. Bald an zwanzig Redner suchten von den Stufen des Denkmals aus ihre Ansichten der wartenden Menge in gemäßigter, wie auch sehr erregter und jugelloser Reden kundzutun. Für viele hundert Auslandsdeutsche, welche sich bei Kriegsausbruch in ihrem engeren Vaterland zu den Waffen gemeldet haben und bei der Ausweisung aus Elsaß und nunmehr aus der neutralen Zone ebenfalls und abermals heimatlos geworden, sprach in tiefgehenden Worten einer der Betroffenen.

München, 21. Jan. Ein zweiter Transport von Mitgliefern der deutschen Kolonie in Konstantinopel, bestehend aus 340 Zivilpersonen, ist heute Nacht hier eingetroffen.

Köln, 21. Jan. Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Der Mangel an zugeleiteten Nahrungsmitteln ist derart, daß jeder Arbeitende, wenn er leistungsfähig sein und bleiben will, darauf angewiesen ist, sich neben den ihm zustehenden Nahrungsmitteln noch weitere sehr kostspielige Nährstoffe auf irgend welche Weise zu beschaffen. Es ist wohl offenes Geheimnis, daß die hier in Frage kommenden wertvollsten Nahrungsmittel etwa folgende Phantasiereise bedingen: das Pfund Butter 26 bis 32 Mk., Speck 26 bis 28 Mk., Wurst 8 bis 10 Mk., frisches Fleisch 8 bis 9 Mk., Fisch 3.50 bis 5 Mk., Eier das Stück 1.20 bis 2 Mk., Milch das Liter etwa 1 Mk., Käse das Pfund etwa 8 Mk., Kaffee das Pfund 24 Mk. usw. Wenn wir bei vernünftiger Ueberlegung zugeben müssen, daß die Beschaffung derartiger Lebensmittel nebenher für jeden angespannt Arbeitenden eine Notwendigkeit ist, dann ist die Forderung sehr hoher Löhne zu begründen, zumal alle andern Erfordernisse der Lebensunterhaltung, wie Kleidung, Wohnung, Beleuchtung und Heizung, auch außerordentliche Kosten einem jeden von uns verursachen. Diese traurigen Verhältnisse können nur dann sich bessern, und zwar ziemlich bald, wenn billige Lebensmittel in genügender Menge wieder auf den Markt kommen. Ist die Hauptfrage um unsere Lebenshaltung, die Frage der Ernährung, erst gelöst, so unmittelbar eine Verabsicherung der Löhne folgen lassen und gütwillig vom Arbeiter hingeworfen werden. Schickt also Amerika uns bald in ausreichender Menge Getreide, Schmalz, Speck, Fleischkonserven, Mischmilch, Mehl, Reis, Hülsenfrüchte und Kaffee, so wird mit einem Schlag die Frage der hohen Löhne mit ihren Gefahren für unsere gesamte Finanzpolitik gelöst sein.

Berlin, 21. Jan. Herr Schäfer, der bisher der Zentrale der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands als Vertreter der Arbeitnehmergruppe angehört, ist zum Arbeitsminister für Württemberg ernannt worden.

Berlin, 21. Jan. Berlin ist heute im Dunkeln: Die Elektrizitätswerke streiken. Man spricht von einem allgemeinen Ausstand als Protest gegen die Tötung Liebknecht und Rosa Luxemburgs.

Berlin, 21. Jan. Nach dem allgemeinen Zusammenbruch des Spartakusbundes war Kadel aus Berlin verschwunden. Wie eine Nachrichtenstelle mitteilt, ist er seit zwei Tagen wieder aufgetaucht und hat bereits versucht, die Verbindung mit den Führern der Spartakusbewegung wieder aufzunehmen. Kadel hat, dem Muster anderer Spartakisten folgend, keine feste Wohnung, sondern hält sich bald hier, bald dort bei Freunden, meist Russen oder Polen, auf. Man hat wiederholt beobachtet, daß er in einer kleinen Villa des vornehmen Westens abzuweilen pflegt. Neuerdings ist er von einem russischen Arzt begleitet, da er fürchtet, hier vergiftet zu werden.

Berlin, 22. Jan. Die Wirkung der Blockade während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich im Herbst 1916 bis Ende 1918 ist inzwischen genau festgestellt worden. Es hat sich die erschreckende Tatsache ergeben, daß mehr als 500.000 Todesfälle lediglich auf die Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen sind. Es handelt sich besonders um schwache Frauen, um alte Personen und Kinder. Nur Angehörige der Zivilbevölkerung sind gezählt worden.

Berlin, 21. Jan. Auf der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern wird die deutsche Sozialdemokratie durch Hermann Müller, Otto Wels und Mollath vertreten sein.

Berlin, 21. Jan. Wie die „Deutsche Allg. Zeitung“ von maßgebender Seite erfährt, ist die Davosmeinung, daß die Goldreserve der Reichsbank,

deren Entfernung von der Entente verlangt wurde, aus Berlin weggeschafft worden sei, im ganzen Umfange unrichtig.

Berlin, 21. Jan. Wie die „B. Z.“ hört, steht es fest, daß Generalfeldmarschall Hindenburg die Leitung der zum Grenzschutz notwendigen Operationen übernehmen wird. Wo er sein Hauptquartier aufschlagen wird, ist noch unbestimmt. In Pommern, Ostpreußen und in Westpreußen sind freiwillige Volkswachen im Entstehen.

Danzig, 22. Jan. Auf die Bitte des Danziger Magistrats an Hindenburg, Danzig und die Provinz Westpreußen dem Vaterland zu erhalten, ist eine Antwort eingegangen, in der er sagt, daß von der obersten Heeresleitung schon seit langem die Maßnahmen vorbereitet werden, die für den Schutz der bedrohten Provinzen erforderlich sind.

Aus dem neuen Reichsverfassungs-Entwurf.

In 4 großen Abschnitten mit 73 Paragraphen verpflichtet der Reichsentscheid den Vorläufer der neuen Reichsverfassung vom Staatssekretär des Innern, Dr. Brüning, wie er der am 6. Februar zusammenzutretenden Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Die neue Reichsverfassung ist von tief einschneidender Wirkung namentlich auch für die süddeutschen Staaten, besonders Bayern und Württemberg, insofern sie sich ihrer Sonderrechte auf allen Gebieten begeben, Deutsch-Oesterreich schließt sich der neuen Republik an. Wir entnehmen dem Wortlaut folgendes:

Das Deutsche Reich besteht aus seinen bisherigen Gliedstaaten sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts Aufnahme in das Reich begehrt und durch Reichsgesetz aufgenommen wird. Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke. Das Reich erkennt das geltende Völkerrecht als bindenden Bestandteil seines eigenen Rechts an. Reichsangelegenheiten, die ausschließlich der Reichsregierung und Verwaltung des Reichs unterliegen, sind: Die Beziehungen zum Ausland, Verteidigung des Reichs, Jälle, Handel, das öffentliche Verkehrswesen. Der Reichsregierung des Reichs unterliegen: Die Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Armen- und Sozialwesen, Fremdenpolizei, Ein- und Auswanderung, das bürgerliche und Strafrecht, das gerichtliche Verfahren, Arbeiterrecht, insbesondere Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz, Gewerbe- und Seeschifffahrt, Bodenerhebung, Straßen und Kanäle, Einrichtung von Betrieben für Reichszwecke, Presse, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Gesundheits- und Beschäftigungswesen, Kirche und Schule.

Reichsrecht bricht Landesrecht. Die bisherigen Gesetze bleiben in Kraft, soweit ihnen nicht diese Verfassung entgegensteht. Die Befugnisse, die bisher dem deutschen Kaiser zustanden, gehen auf den Reichspräsidenten unter Verantwortung der Reichsregierung über, die Verwaltungsbefugnisse des Bundesrats auf die zuständigen Reichsministerien, die Befugnisse des bisherigen Reichstags auf das Volks- und Staatenhaus. Die Reichsregierung hat die Pflicht und das Recht, die Ausführung der Reichsgesetze zu überwachen und kann zu diesem Zweck in die deutschen Freistaaten Bevollmächtigte entsenden, denen die Ältesten vorzulegen sind und jede gewünschte Auskunft erteilt werden muß. Nach Weggabe eines Reichsgesetzes wird ein Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich errichtet.

Dem deutschen Volke steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reichs zu errichten. Neu errichtete Freistaaten sollen mindestens 2 Millionen Einwohner umfassen. Zur Lösung der Bevölkerung eines Landes tritt aus dem bisherigen Staatsverband, um sich mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten zu vereinigen, bedarf es einer Volksabstimmung. Jeder deutsche Freistaat muß eine Landesverfassung haben. Es muß eine aus einer Kammer bestehende Volksvertretung vorhanden sein. Die Landesregierung muß dieser Volksvertretung verantwortlich und von ihrem Vertrauen abhängig sein. Gemeinden und Gemeindeverbänden steht die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten zu. Die Ortspolizei ist grundsätzlich Sache der Gemeinden oder Gemeindeverbänden.

Ueber Verfassungsfreiheiten innerhalb eines deutschen Freistaates sowie über Streitigkeiten nicht privatrechtlicher Natur zwischen verschiedenen deutschen Freistaaten entscheidet auf Verlangen der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

Die Regierungen der deutschen Freistaaten haben das Recht, zur Reichsregierung Bevollmächtigte zu entsenden; diese können im Reichstag den Standpunkt ihrer Regierungen vertreten und müssen während der Beratung auf Verlangen jederzeit gebürt werden. Die Angehörigen jener deutschen Freistaates haben in allen anderen deutschen Freistaaten die gleichen Rechte und Pflichten wie die eigenen Staatsangehörigen.

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleichberechtigt. Alle Vorräte oder rechtlichen Nachteile der Geburt, des Standes, Berufs oder Glaubens sind beseitigt, ihre Wiederherstellung durch Krieg oder Verwaltung verfassungswidrig. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist inner-

halb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig. In allen allgemeinen Besetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor der anderen Vorrechte durch den Staat.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Der Unterricht ist allen Deutschen gleichmäßig nach Maßgabe ihrer Befähigung zugänglich sein. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder Bild seine Meinung frei zu äußern, soweit keine strafrechtlichen Vorschriften entgegenstehen; eine Zensur findet nicht statt.

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln oder Vereine zu bilden. Die Versammlungsfreiheit darf in keiner Weise beschränkt werden. Die persönliche Freiheit, die Wohnung, das Eigentum, das Volksgemeinschaft sind unverletzlich. Ein Deutscher darf nur auf Grund eines schriftlichen, mit Beweisen versehenen richterlichen Haftbefehls verhaftet werden. Hausdurchsuchungen dürfen nur nach Maßgabe eines Reichsgesetzes vorgenommen werden. Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Zur Wiederherstellung des platten Landes, zur Vermehrung landwirtschaftlich tätiger Arbeitskräfte sowie zur Erhöhung des landwirtschaftlichen Bodenertrags ist im Wege umfassender Innenverteilung die erforderliche Grundbesitzverteilung in den Gebietskreisen zu ändern, wo eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleingrundbesitz noch nicht besteht. Landwirtschaftlich genutzter Grundbesitz, insbesondere der gebundene, ist zur Begründung ländlicher Heimstätten anzuteilen, wenn nötig im Wege der Enteignung. Mittel- und Kleingrundbesitz sind durch Schutz gegen Zerschlagung und Bewässerung zu sichern. Die ortsüblichen Volksteile innerhalb des Reiches dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung in der ihnen eigenen, natürlichen Entwicklung nicht beeinträchtigt werden, insbesondere nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache.

Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Reichstag und dem Staatsrat. Das Reichstag besteht aus den Abgeordneten des einheitlichen deutschen Volkes. Die Abgeordneten werden nach Maßgabe eines Reichswahlgesetzes in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundgesetzen der Verfassung gewählt, wobei jeder Wähler eine Stimme hat. Das Staatsrat besteht aus den Abgeordneten der deutschen Freistaaten; diese werden von den Landtagen der deutschen Freistaaten und der Mitte der Staatsangehörigen gewählt. Bei der Bildung des Staatsrates entfällt grundsätzlich auf eine Million Landesbewohner ein Abgeordneter. Kein deutscher Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten vertreten sein. Freistaaten mit weniger als einer Million Landesbewohner müssen sich zu diesem Zweck mit benachbarten Staaten verbinden. Bis sich die neuen deutschen Freistaaten gebildet haben, wird ein provisorischer Staatsrat eingerichtet. Beamte und Militärpersonen bedürfen zur Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen keines Urlaubes. Die Wahlperiode dauert für beide Häuser des Reichstages drei Jahre. Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein. Beratung, Vertagung, Schlichtung und Auflösung des Reichstages steht dem Reichspräsidenten zu. Eine wiederholte Auflösung aus dem gleichen Anlaß ist unzulässig. Der Reichstag versammelt sich mindestens jedes Jahr einmal am Orte der Reichsregierung. Der Reichspräsident muß den Reichstag berufen, wenn es mindestens ein Drittel der Mitglieder des Reichstages oder des Staatsrates verlangt. Im Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wieder zu versammeln. Die Sitzungen des Reichstages sind öffentlich. Über die Beschlüsse des Reichstages zu auswärtigen Staaten können in nichtöffentlicher Sitzung Beratungen stattfinden. Zum Beschluß eines jeden Artikels des Reichstages ist die Teilnahme von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder und einfache Stimmenmehrheit erforderlich, sofern nicht die Reichsverfassung ein anderes Stimmverhältnis vorschreibt. Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch Übereinstimmung beider Häuser zustande kommen. Änderungen der Verfassung können nur vorgenommen werden, wenn in beiden Häusern des Reichstages wenigstens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und mindestens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. Nach Ablauf von 5 Jahren bedarf jeder Verfassungsänderung der Billigung durch eine Volksabstimmung. Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, steht dem Reichstag, dem Staatsrat und der Reichsregierung zu.

Jedes Haus des Reichstages hat das Recht und auf Verlangen von einem Drittel seiner Mitglieder die Pflicht, Ausschüsse zur Untersuchung von Tatsachen einzusetzen, wenn die Befehlsbefugnis der Regierung oder Verwaltungsmassnahmen des Reiches angezweifelt wird. Die Immunität der Mitglieder des Reichstages bleibt während der Dauer der Ausübung ihrer Tätigkeit als solche gewahrt. Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages sind von jeder Verantwortlichkeit frei. Die Mitglieder des Reichstages erhalten das Recht zur freien Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen, sowie eine Entschädigung nach Maßgabe eines Reichsgesetzes. Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volk gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens 10 Jahren Deutscher ist. Gewählt ist, wer die Mehrheit von allen im Deutschen Reich abgegebenen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgt durch Reichsgesetz. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Verhältnisse der Reichsregierung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Sobald ein Bündnis mit dem Ziele des Ausschusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit dem Bündnis vermittelnden Staaten der Zustimmung des Reichstages. Kommt eine Übereinstimmung zwischen den beiden Häusern des Reichstages über eine Gesetzesvorlage nicht zustande, so ist der Reichspräsident berechtigt, eine Volksabstimmung über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit herbeizuführen. Der Reichspräsident ernennt die Reichsbeamten und die Offiziere, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt wird. Er ist berechtigt, das Einmündungsrecht durch andere Befehle ausüben zu lassen.

Wenn deutsche Freistaaten die ihnen nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllen, kann sie der Reichspräsident gegen die Hilfe der be-

waffneten Macht anhalten. Auch kann er, wenn in einem deutschen Freistaate die öffentliche Sicherheit und Ordnung in einem erheblichen Umfang gefährdet oder gefährdet wird, mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten, zu welchem Zweck er die Genehmigung des Reichstages einzuholen hat. Soweit dem Reich ein Begnadigungsrecht zusteht, ist es der Reichspräsident aus. Amnestien bedürfen eines Reichsgesetzes. Der Reichspräsident wird im Falle der Verhinderung durch den Präsidenten des Staatenshauses vertreten. Das Amt des Reichspräsidenten dauert 7 Jahre. Seine Wiederwahl ist zulässig. Vor Ablauf der Frist kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstages durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden.

Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und der erforderlichen Zahl von Reichsministern. Der Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm das Reichstag das Vertrauen durch einen ausdrücklichen Beschluß entzieht. Der Reichskanzler trägt dem Reichstag gegenüber die Verantwortung für die Maßnahmen der Reichspolitik, jeder Reichsminister selbständig die Verantwortung für die Leitung des ihm anvertrauten Geschäftszweigs.

Das Reichstag und das Staatenshaus sind berechtigt, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister nur dem Reichsgerichtshof für das Deutsche Reich anzulasten, daß sie schuldlosweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben. Der Antrag hierzu muß von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstages oder 25 Mitgliedern des Staatenshauses unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl.

Vorbekannt bleibt noch ein Hinweis auf die künftige Verfassungsfrage, sowie die bevorstehenden Abschnitte des Verfassungsentwurfs über das Reichs-, Zoll- und Handelswesen, Reichsfinanzen, Reichsjustiz und die Übergangsbestimmungen.

Ein Reisefrei aus dem Saargebiet.

Nach Berichten über die Art und Handhabung der französischen Besetzung des Saargebietes, die in westlichen Kreisen mit der Behandlung eines lothringischen Gebietes übereinstimmt und nicht zuletzt aus französischen Zeitungsberichten hervorgeht, die deutsche Ansicht unserer westlichen Nachbarn hervor, dieses Land Frankreich einzuverleiben. Der neuerliche Protest des deutschen Außenministers bei der Waffenstillstandskommission zeigt, wie weit die feindlichen Absichten bereits gehen und wie ernst sie zu nehmen sind.

Infolge der großen Anwohnungen in unserem Vaterlande wird diesen Vorgängen leider - so scheint es wenigstens - nicht das Interesse entgegengebracht, das die Angelegenheit verdient. Dieses Interesse wollen wir lebendig machen und es erhalten, wollen den Protest des Außenministers nachdrücklich unterstützen und so von vieler Seite zu unserer deutschen Heimat beleben, erheben auch wir kammern den Protest gegen diese Völlerei feindlicher Gewalttätigkeit und Raubgier, die mit dem Willkürlichen Programm im tiefsten Widerspruch steht.

Unseren Vädern in der alten Heimat sind durch die feindliche Besetzung und ihre Begleiterscheinungen, wie Preissteigerung usw. die Hände mehr oder weniger gebunden. So ist es an uns, mit einem entschiedenen und freien Wort für sie einzutreten, um womöglich die Augen der ganzen Welt darauf zu lenken; denn diese schändliche deutsche Land an der Saar mit seiner Zukunft und seiner hohen Bedeutung darf bei den Friedensverhandlungen nicht als von geringerer Wichtigkeit gewissermaßen unter den Tisch fallen, um sich schließlich hinter den blau-weiß-roten Flecken wieder zu verstecken, obwohl nicht ein einziger Franzose oder Lothringer dort seine Heimat hat.

Deutsche Frauen und Männer, vergeht nicht, daß das Saarbrücker Land als jetzt deutsch war, es uns bleiben will und muß!

Deutsche Volkstretter aller Parteien, helfet mit, daß im Saargebiet nicht Gewalt angetan wird, und handelt, bevor es zu spät ist!

Deutsche Zeitungen, nehmet in Euren Spalten möglichst oft und auffallend diesen oder ähnlichen Protest vor Beginn der Friedensverhandlungen auf!

So bitten und rufen Euch zu
Saarbrücker Landeskette!

Ausland.

Zürich, 21. Jan. Das polnische Nationalkomitee in Paris hat über die Abgrenzung Polens eine Denkschrift vorgelegt, wonach das polnische Land 450.000 Quadratkilometer umfassen und 38 Millionen Einwohner zählen soll. Ein Teil des lutherischen Polen soll Litauen überlassen werden, falls dies selbständig wird. Polen beansprucht für sich Wilna, Grodno und Minsk, Wolhynien und Podolien sollen mit der Ukraine vereinigt werden. Diese Nation soll dem polnischen Staate einverleibt werden. Die Provinz Teschen soll mit Zustimmung der Tschechen an Polen fallen. Deutschland müßte Oberschlesien bis Opatowitz und außer der Provinz Polen, Danzig, Allenstein und das lutherische Masuren abtreten. Königsberg soll eine deutsche Enklave oder unabhängige Republik bilden, die wirtschaftlich mit Polen verbunden ist. Der Rest von Ostpreußen soll Litauen zugesprochen werden.

Chiasso, 21. Jan. Der Pariser Vertreter des „Secolo“ will erfahren haben, daß die fünf Großmächte beschlossen haben, eine russische Delegation zur Friedenskonferenz zuzulassen.

Brüssel, 22. Jan. Der „Libre Belgique“ zufolge sollen die Leichen der Miß Cavell und des

Kapitän Fryatt nach England verbracht werden. Miß Cavell war bekanntlich als Spionin hingerichtet worden, während die Hinrichtung des Kapitän Fryatt erfolgte, weil er ein U-Boot in verbrecherischer Weise angegriffen hatte.

Rom, 21. Jan. Wegen Kohlenmangels hat die Gasanstalt heute ihren Betrieb einstellen müssen, so daß den Haushaltungen weder Koch- noch Leuchtgas zur Verfügung steht.

Washington, 21. Jan. Fortan werden, wie die amerikanischen Korrespondenten melden, die Verhandlungen in Trier nicht wie bis jetzt ausschließlich von Marshall Foch und seinen Unterhändlern geführt werden, sondern in der Hauptrolle von Zivilpersonen. Foch bleibt offiziell ihr Führer, aber da der Gegenstand der Verhandlungen immer mehr einen politischen und wirtschaftlichen Charakter annimmt, hat man die Absicht, künftig den zivilen Elementen einen größeren Einfluß bei den Besprechungen einzuräumen.

Aus den interalliierten Friedensverhandlungen sind folgende Beschlüsse zu berichten: Die Blockade wird mit Rücksicht auf die Ernährungsverhältnisse rückgängig gemacht. Handelswaren sind jedoch einseitig ausgenommen. Der dringende Nahrungsmittelbedarf Deutschlands dürfte gegen Barzahlung durch die verbündeten Mächte, besonders durch Amerika, gedeckt werden. Die Schiffe mit Nahrungsmitteln werden sofort und direkt nach Deutschland abgehen. Die deutschen Schiffe sollen nicht mehr durch die Alliierten zurückgehalten werden. Für die zur Verfügung gestellten deutschen Schiffe wird die vollständige übliche Miete berechnet werden. Diese wird aber den deutschen Reedereien nicht ausbezahlt, sondern zur Begleichung der Nahrungsmittellieferungen gutgeschrieben werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 23. Jan. (Waldbesitzerverband). Die Einstellung der Rüstungsarbeiten hat viele Arbeiter brotlos gemacht. Die Friedensindustrie liegt wegen Mangels an Rohstoffen darnieder und kann bei der Einschränkung der Kohlenzufuhr nur langsam wieder belebt werden. Es ist daher notwendig für Arbeiter im Freien, besonders in der Forstwirtschaft zu sorgen.

Es ergeht daher an alle Waldbesitzer die dringende Aufforderung, in ihren Forsten Holzschlag und Wegbauarbeiten vornehmen zu lassen. Durch rechtzeitige Wegebauten wird der Wert der Besitzungen erhöht und der voraussichtlich bald notwendig werdenden stärkeren Abholzung wirksam vorgebeugt.

Um die notwendigen Arbeiten einheitlich durchführen zu können, empfiehlt sich dringend der Anschluß aller Waldbesitzer an den Waldbesitzerverband, Sitz Tübingen, (vergl. auch die in der gestrigen Nr. d. Bl. erscheinende Bekanntmachung des Arbeitsministeriums.)

Hertensalb, 21. Jan. Bei der Treibjagd im Staatswald ist ein Treiber tödlich verunglückt. Es soll ein unglücklicher Zufall eingetreten sein und niemand eine Schuld treffen.

Württemberg.

Stuttgart, 21. Jan. Dr. med. h. c. Paul von Lecher konnte am gestrigen Tage auf eine 40jährige Tätigkeit als ehrenamtlicher Bezirksarbeitsrat der hiesigen Armenverwaltung und des Volkswohlfahrtsvereins zurückblicken. Aus diesem Anlaß haben die Armenverwaltung und der Volkswohlfahrtsverein dem Jubilar für seine hingebenden und vielseitigen Dienste auf dem Gebiete der Armenpflege und der sozialen Fürsorge herzlichsten Dank und warme Anerkennung ausgesprochen.

Balingen a. E., 22. Jan. Gernern sind 40 Jahre verstorben, seit Oberamtssekretär Pitt in den Dienst unseres Bezirks eingetreten ist. Janscht als Obersekretär der Gemeinde Zerheim, später, vor 25 Jahren, als Oberamtssekretär und Oberamtspfleger. Die beiden Geringvereine brachten dem Jubilar ein Ständchen vor der Wohnung.

Stuttgart, 21. Jan. Einem tragischen Weisheit Lieutenant Bolzemer Groß von hier zum Opfer gefallen. Nachdem er 4 1/2 Jahre mit Auszeichnung am Kriege teilgenommen hat, ist er in der Ukraine einer Volkswohlfahrtsangelegenheit zum Opfer gefallen.

Wetzlar, 22. Jan. Auch ein Wetzlarer hat bei den jüngsten Kämpfen in Berlin den Tod gefunden. Es ist dies der schon längere Zeit in Berlin lebende Hugo Jonas. Als völlig Unverwundeter wurde er auf einem Gefechtszuge durch Herzschlag tödlich verletzt.

Stuttgart, 21. Dez. Bei dem hiesigen Proviantamt hat die militärische Landespolizei eine unvermutete Durchsuchung abgehalten. Dabei wurden für ziffa 100.000 Mark Lebensmittel beschlagnahmt.

Letzte Nachrichten u. Telegramme.

Stuttgart, 22. Jan. Zum ständigen Stellvertreter des Vorsitzenden der provisorischen Regierung ist der Minister des Innern Dr. Lindemann bestellt worden.

Stuttgart, 22. Jan. Wie das „Neue Tagblatt“ hört, soll in einigen Wochen, vermutlich vom 1. März ab, das System der Kundenliste aufgegeben und durch das Bestellverfahren ersetzt werden.

Näheres über nächsten Tage

Stuttgart, 27. Jan. Die auswärtigen künftige Reise-Erlaubnis Fahrkarten wieder ohne Beförderung verwalten mittel m...

Bonn wurde eine Kreuzlinger in Papiergeld die Erhebung Aufträge zu der Hausflur Her en vorgereiten wer Angelegenheiten

Seideler betriebs Druckerarbeiten heute vormittag den Ausstatten waren erst gegenseitigen Vohntarife rungen ein tungen sind

München bayerischen Aussicht geinfolge der Schwierigkeiten und die Forderung dem 15. Febr.

Berlin nach Mittel schen Fleis 100 Gramm zu 50.000 deren 200 Gramm u. veranschlagt Organ des mobilisierung an Rüstungen den unter bahnperson

Berlin bezüglich in Elbfeld teilung von daß nach Rückgabe ausgewies

47)

machte, fahre, est a

fragte

unheimlich empfa erhob, schied

D

hard' auf de

ungef

fache Warn weg hinau aus r gestri liegt Armb jenen Nobis trug dich Garte

verbracht werden, als Spionin hingerichtetung des Kapitän U-Boot in ver-

habe. Kohlenmangels hat er einstellen müssen, der Koch noch Leucht-

Fortan werden, wie ten melden, die Ver- bis jetzt ausschließlich einen Unterhändler aufsuche von Zivilper- r Fahrer, aber da lungen immer mehr lichen Charakter an- künftig den zivilen Raß bei den Ver-

riedensverhandlungen nchten: Die Blockade ernährungsverhältnisse aren sind jedoch einfl- bringende Nahrungsm- te gegen Barzahlung te, besonders durch ie Schiffe mit Nahr- direkt nach Deutsch- Schiffe sollen nicht rückgehalten werden. ten deutschen Schiffe erte berechnet werden. Reedereien nicht aus- ung der Nahrungs- werden.

Umgebung

(Walдарbeiten und stellung der Rüstungs- rotlos gemacht. Die Mangels an Koh- ei der Einschränkung wieder belebt werden. Arbeiten im Freien, t zu sorgen.

besitzer die dringende Holzschlag und Weg- n. Durch rechtzeitige er Beizungen erhöht notwendig werdenden gearbeitet.

iten einheitlich durch- ich dringend der An- Waldbesitzerverband, in der gestrigen Ne- nachung des Arbeits-

Bei der Treibjagd im blich verunglückt. Es eingetreten sein und

ERG.

ed. h. c. Paul von Bek- eine 40 jährige Tätigkeit f ger der hiesigen Re- ständigeresverinnd jurä- die Armendeputation und Jubilar für seine bingee- dem Gebiet der Ar- erge herglichen Dank und

Wintern sind 40 Jahre t in des Dienst uneres als Ortsvorsteher der Ge- schen, als Oberamtspar- e beiden Gesangsvereine en vor der Wohnung. em tragischen Gescheh- über zum Opfer gefalle- heitung am Kreise teilge- e einer Vollschwehntagel

Auch ein Wergentheimer Berlin den Tod gefunden. in Berlin lebende Hugo wurde er auf einem Ge- h verlegt.

dem hiesigen Proviant- polizei eine unvermutete wurden für zirka 100 000

Telegramme

Zum ständigen Stell- provisorischen Regie- mern Dr. Lindemann

Wie das „Neue Tag- wochen, vermutlich vom e Kundenliste aufgege- fahren ersetzt werden.

Näheres über diese wichtige Aenderung wird in den nächsten Tagen mitgeteilt werden.

Stuttgart, 23. Jan. Die im „Staatsanz.“ vom 27. Dezember 1918 vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, bekanntgegebenen Bestimmungen über die Ausgabe von Reise-Erlaubnisscheinen treten heute außer Kraft. Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs werden nun wieder ohne solche Scheine ausgegeben, soweit die Beförderung der Reisenden mit den der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stehenden Beförderungsmitteln möglich ist.

Vom Bodensee, 22. Jan. Vorgestern Abend wurde eine in Kreuzlingen wohnende Dame am Kreuzlinger Joll dabei ertappt, als sie 75000 Mk. in Papiergeld über die Grenze nehmen wollte. Durch die Erhebungen wurde festgestellt, daß die Dame im Auftrage zweier auswärtiger Herren handelte. Bei der Hausdurchsuchung, die in dem Hotel der beiden Herren vorgenommen wurde, wurden jedem dieser Herren weitere 20000 Frs. abgenommen. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

Heidelberg, 22. Jan. In den hiesigen Zeitungsbetrieben und Druckereien ist das gesamte Druckerpersonal mit Einschluß der Hilfsarbeiter heute vormittag wegen neuer Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die letzte Lohnforderungen waren erst am 1. Dezember 1918 erfolgt, unter gegenseitiger Anerkennung eines Beschlusses, daß im Lohnstarife bis zum Frühjahr keine weiteren Aenderungen eintreten sollten. Die vier hiesigen Zeitungen sind heute nicht erschienen.

München, 22. Jan. Die Einberufung des bayerischen Landtags ist für Mitte Februar in Aussicht genommen. Da die Wahlen in der Pfalz infolge der durch die Okkupation entstandenen Schwierigkeiten erst am 2. Februar stattfinden können und die Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses geraume Zeit erfordert, ist die Einberufung vor dem 15. Februar nicht zu erhoffen.

Berlin, 22. Jan. Vom 1. Februar an wird nach Mitteilungen des amtlichen Organs des Deutschen Fleischerverbandes die Fleischwocchenmenge um 100 Gramm erhöht, so daß in den Gemeinden bis zu 50000 Einwohnern statt bisher 100 Gramm deren 200 Gramm, in denen von 150 bis 250 Gramm und in den übrigen Städten 300 Gramm veranschlagt werden. Die Erhöhung ist, wie das Organ des Verbandes mitteilt, die Folge der Demobilisierung und des Wegfalls der Fleischzulage an Rüstungsarbeiter. Die Zulage wird fortan nur den unter Tage arbeitenden Bergleuten, dem Eisenbahnpersonal und den Kranken gewährt.

Berlin, 22. Jan. Auf zahlreiche Anfragen bezüglich der Rückgabe des Mobiliars der Beamten in Elsaß-Lothringen wird in Ergänzung der Mitteilung vom 29. Dezember 1918 bekannt gegeben, daß nach einer Erklärung des Marschalls Foch die Rückgabe des Mobiliars der aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen oder geflüchteten reichsständischen Be-

amten erst dann erfolgen kann, wenn der normale Verkehr mit dem rechten Rheinufer wieder hergestellt ist und zwar nach Maßgabe der dann zur Verfügung stehenden Transportmittel.

Berlin, 22. Jan. Der Wert der 500 Lokomotiven und 19000 Eisenbahnwagen, deren Abgabe wegen unvollkommener Lieferung von Eisenbahnmateriale im Trierer Verlängerungsabkommen Deutschland auferlegt wurde, beträgt 100 Millionen Mark, bezw. 209 Millionen Mark. Der Gegenwert der als Ersatz für diese Sonderabgabe von Deutschland zu liefernden landwirtschaftlichen Maschinen beträgt 73 Millionen Mark.

Berlin, 22. Jan. In dem Elektrizitätsarbeiterstreik ist soeben, 6 Uhr abends, eine Einigung zustande gekommen. Berlin kann in kurzer Zeit mit dem Wiederbeginn der elektrischen Beleuchtung und für den späten Abend mit der Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs rechnen.

Hamburg, 23. Jan. Der Volksbeauftragte Ebert hat namens der Reichsregierung auf die Proteste der Hamburger Handelskammer und Reedereien, sowie der Seerberufsgenossenschaft folgende Antwort erteilt: Auf das Telegramm gegen die Auslieferung der Handelsflotte wird erwidert, daß der Bezug von Nahrungsmitteln aus den Entente-Ländern unerlässlich ist. In dieser Zwangslage war Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen nicht möglich. Eine Besprechung mit den Vertretern der Reedereien findet am 23. Januar statt.

Braunschweig, 23. Jan. Es ist beschlossen worden, Donnerstag vormittag allgemein die Arbeit wieder aufzunehmen. In einer gestern nachmittag auf dem Schloßhof abgehaltenen Versammlung ergriffen mehrere Redner von der Regierung das Wort. Wie die Braunschweigische Landesztg. berichtet, wurde mitgeteilt, die Ausständigen hätten die Berliner Regierung aufgefordert, zurückzutreten, um einer wirklich sozialistischen Regierung Platz zu machen. Die Vertreter aus Rheinland und Westfalen hätten sich mit Braunschweig solidarisch erklärt. Sollte die Berliner Regierung nicht zurücktreten, so sei man entschlossen, sich von Berlin loszusagen, und zusammen mit Rheinland und Westfalen unter Anschluß vielleicht auch von Hamburg, Bremen und Leipzig (?) eine selbständige Republik zu bilden.

Kopenhagen, 22. Jan. 750 russische Offiziere, die am 27. Dezember aus deutschen Gefangenenlagern in Schlesien nach Rußland zurückkehrten, sollen am 2. Januar bei ihrer Ankunft am Bestimmungsort von Bolschewisten ohne vorherige Untersuchung erschossen worden sein. — Der frühere Getmann der Ukraine, Skoropadski, ist für vogelfrei erklärt worden.

Bern, 22. Jan. Wie der „Temp“ aus Noyes meldet, verlangte der 800 Mitglieder zählende Verband der vereinigten Elsaß-Lothringer des Departements Aube die sofortige Ausweisung aller in Elsaß-Lothringen ansässigen Deutschen nebst ihren Familien, sowie die Liquidierung ihrer Besitzungen

und ihrer Geschäfte. Nach Ablauf einer bestimmten Frist nach Friedensschluß müßte zur zwangsweisen Versteigerung der Güter geschritten werden.

Paris, 22. Jan. Die Friedenskonferenz wird sich am Samstag auch mit dem Antrag auf Herbeiführung einer internationalen Bestrafung Wilhelm II. und seiner Mitschuldigen zu befassen haben. Es ist jedoch möglich, daß der Antrag einer juristischen Sonderkommission der Alliierten überwiesen wird.

London, 22. Jan. Reuter meldet, daß in 2 bis drei Wochen deutsche Handelschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es sei sowohl im Interesse der Menschlichkeit, als auch der öffentlichen Ordnung, daß bestimmten befreiten Gebieten und den feindlichen Ländern bald Hilfe gebracht würde.

Gesamt-Ergebnis der Nationalwahl.

Berlin, 22. Jan. In den 37 Wahlkreisen mit ihren 421 Abgeordneten haben erhalten:

Deutsch-nationale Volkspartei	34
Christliche Volkspartei (Zentrum)	88
Deutsche Volkspartei	23
Deutsch-demokratische Partei	77
Sozialdemokratische Partei	164
Unabhängige sozialdemokr. Partei	24
Fraktionslose	11

zus.: 421.

Die 11 fraktionslosen Sitze verteilen sich auf 4 Welfen, einen Vertreter der Bauern- und Landarbeiter-Demokraten, 4 Bayerische Bauernbändler und 2 Vertreter der Württembergischen Bürgerpartei.

Berlin, 23. Jan. Mit den Wahlergebnissen aus der Pfalz liegen nunmehr alle Ergebnisse vor, in denen überhaupt gewählt wurde. Die Wahlergebnisse weisen verschiedene Unklarheiten auf. Immerhin steht fest, daß eine sozialdemokratische Mehrheit auch dann unmöglich ist, wenn man die vier bayerischen Bauernbändler zur Sozialdemokratie hinzurechnet.

Monarchische Resolution in Portugal.

Madrid, 22. Jan. An der Grenze aus Porto eingetroffenen Telegrammen zufolge wurde Montag abend vor dem Stadthause in Gegenwart der versammelten Truppen die Monarchie mit König Manuel proklamiert. Der Kriegsminister schloß sich der Bewegung an. Die Bewegung ist wahrscheinlich in Lissabon erfolgreich. Zahlreiche Republikaner wandten sich nach Spanien.

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztaler“ werden fortwährend von allen Postanstalten, Postboten, von unserer Geschäftsstelle und den Austrägerinnen entgegengenommen.

Das Glücksarmband.

Roman von Rentok.

(Nachdruck verboten.)

Hans Norbert hatte eine jähe Bewegung gemacht, als ob er dem andern an die Gurgel faßten wollte, gleichzeitig jedoch Hubingers Hand erst auf seinem Arm gerührt.

„Ruhe, nur Ruhe. Und größte Wahrhaftigkeit!“ sagte der Polizeiarzt eindringlich.

Einen Moment herrschte eine tiefe Stille, die unheimliche Ruhe vor einem Sturm, und Norbert empfand diese wie eine Mauer, die sich um ihn erhob, um ihn von den anderen Menschen zu scheiden.

Doktor Wild überlegte einen Augenblick. „Sie waren anwesend, als Wimi von Salten starb?“ fragte er dann brüsk und unvermittelt.

Wie ein Peitschenhieb wirkten diese Worte auf den Mann, der allein mitten im Zimmer stand. „Starb?“ — schrie er außer sich, wie von ungeheurem Entsetzen erfaßt. — „Starb?“

Hubinger trat neben ihn.

„Sie ist gestern abends gestorben; die Ursache war ein Sturz nach rückwärts gegen die Marmorplatte des Kamins. Du hast, als du weggingst, dem Mädchen streng verboten, noch hinauszugehen; daß ein Mann bei ihr war, ist aus verschiedenen Spuren ersichtlich; daß ihr euch gestritten, das bezeugt das Stubenmädchen; weiter liegt ein Brief vor, gezeichnet mit H. N., das Armband, der blaue Opalreif — derselbe, der auf jenem Bild zu sehen ist, derselbe, den Doktor Robinson dort hat — diesen gleichen Opalreif trug sie um ihren Arm. Und dann fand ich dich in der Nacht, am Zaun eines fremden Gartens lehrend, hinüberstarrend nach ihrem

Fenster, entsetzlich erregt — sag selbst, alter Freund, ist das nicht eine Kratte?“

Norbert sah ihn gar nicht zu hören und starrte wie peitschensackend auf die Schnürkel des Teppichmusters zu seinen Füßen.

Was redeten sie da? Wimi von Salten war tot? Und gestern hatte sie noch vor ihm gestanden, frisch, lebendig, ein blühend schönes Weib! Und hatte ihm aus neue von ihrer Liebe gesprochen, um sein Herz gebettet — vergeblich, da er anders fühlte, — und nun war sie tot — fortgegangen für immer. Und nun sprach jemand sprach sein alter Freund Hubinger von einer Kratte von Beweisen, von einem Verdacht — noch einem Verdacht? Als ob es nicht genug an dem einen, schmachvollen, wäre, der seit gestern auf ihm ruhte, erhob sich nun noch ein anderer gegen ihn! Warum? Was hatte er getan? Er hatte seine Hand ausstrecken wollen nach einem Stück echten Menschenbluts, und das unberechenbare Schicksal riß ihn fort. Wobin?

„Hans“ — sagte wie von weit her die altbekannte Stimme Hubingers, die jetzt sonderbar metallisch klang. — „Hans, um Gottes willen, rede doch! Verteidige dich! Du hast heute Frau von Salten für Vormittag abgeschrieben — siehst du nicht ein, daß auch dies furchtbar gegen dich spricht? Wo warst du heute vormittag?“

Norbert erinnerte sich dunkel an Christas Bitte, nichts zu erwähnen, daß sie ihn zu ihrem Onkel geschick, und — daran mußte er festhalten: das Mädchen mußte und wollte er schützen — bis zum Ende.

„Ich — ich habe den Sohn der Frau Herzon besucht, den Maler“ — sagte er endlich. — „Ich erzählte ihm die Sache mit der blauen Schlange“ und mit dem Schlüssel — er beargw. sie eben sowenig wie ich; seine Schlüssel sind bei ihm — folglich —“ Er schwieg und grubelte vor sich hin. „Folglich“ wären auch diese Schlüssel plötzlich

doppelt da, ebenso wie der Armreif“ — vervollständigte Robinson, aber Hubinger fiel ihm ins Wort:

„Norbert, ich bitte dich, das ist ja jetzt alles Nebenloche! Hauptsache ist: Was war gestern abend zwischen dir und Frau von Salten?“

„Rats!“ — entgegnete Norbert mühsam. —

„Das heißt — doch, etwas schon: eine heftige Szene. Sie meinte, ich hätte den Opalreif gestohlen, und sie war sehr glücklich darüber. Dann, als ich sie aufzuklären versuchte, war sie ganz empört über die Enttäuschung. Als ich fortging, war sie zwar noch in großer Erregung, sonst aber nichts — jedenfalls lebte sie — ja wohl, sie lebte — um Gottes willen — sie lebte doch! Was Sie da sagen, Doktor Wild, was ihr alle auch denkt, das ist Wahnsinn! Ihr müßt das einsehen — natürlich — ihr müßt!“

Doktor Wild schüttelte den Kopf.

„Wir müssen nichts einsehen als das, wofür Sie uns Beweise geben können“ — sagte er. —

„Bis jetzt sehen alle Vermutungen gegen Sie, und — ich muß Sie bitten, jetzt sogleich mit uns zu kommen! Sie werden alles, was Sie erlebten, vor ganz unbefangenen Menschen wiederholen — alles Weitere wird sich dann finden.“

Norbert sah ihn mit funkelnden Augen an.

„Eine Verhaftung?“ stieß er hervor.“

„Nein, bloß eine genaue Aussage“ — beschwichtigte Hubinger, der immer wachsam neben ihm geblieben war. — „Kommt! Zuge dich in Ruhe! Vermeide jedes Aufsehen! Und vor allem bleib wahr, Norbert! Um Gottes willen, bleib wahr! Dann kann noch alles gut werden.“

Die Stimme des alten Freundes sollte tröstlich klingen, aber es war doch ein fremder, kalter Ton darin, den Norbert gar wohl heraushörte: Auch Hubinger zweifelte an ihm? Ihm war es, als wankte alles um ihn, ein furchtbarer Schwindel packte ihn. (Fortsetzung folgt.)

Verfügung des Arbeitsministeriums, betr. die Betriebs-schlussstunde für Wirtschaften, Theater und dergl. und die Polizeistunde.

Auf Grund des § 3 der Bundesratsverordnung, betr. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln, vom 11. Dezember 1916 (R.V.M. S. 1355) und der mir als Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung gemäß §§ 1 und 4 der Bundesratsverordnung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292) erteilten Ermächtigung verfüge ich mit Zustimmung des Ministeriums des Innern:

1. Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffees, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungstätten aller Art, desgl. Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, sind im ganzen Land um 10 Uhr abends zu schließen.

Die Oberämter werden ermächtigt, in dringenden Einzelfällen Ausnahmen bis 11 Uhr zu gestatten.

2. Die Betriebschlussstunde (Ziff. 1) gilt für die Gast-, Speise- und Schankwirtschaften zugleich als Polizeistunde im Sinne der Ministerialverordnung vom 2. Dezember 1871 (Reg.-Blatt S. 302) und des § 365 des Reichsstrafgesetzbuchs.

Die Polizeistunde ist auch in den Räumen geschlossener Gesellschaften einzuhalten.

Die gegenwärtige Verfügung tritt am 27. Jan. in Kraft. Die Verfügung des Ministeriums des Innern betreffend Betriebschlussstunde und Polizeistunde vom 17. September 1917 (Staatsanz. Nr. 218) wird aufgehoben.

Vindemann.

Oberamt Neuenbürg.

Reisebrotmarken.

Zur Vermeidung der mißbräuchlichen Verwendung der Reisebrotmarken, insbesondere der unnötigen Ansammlung von Vorräten solcher, hat es sich als notwendig erwiesen, und muß zufolge einer von der Reichsgetreidestelle für das ganze Reich erlassenen Vorschrift angeordnet werden, daß die Mehl- und Brotmarken der Kommunalverbände nicht mehr zu ihrem vollen Brotwert, sondern mit einer kleinen Kürzung in Reisebrotmarken umgetauscht werden.

Es dürfen darnach künftighin an die Verbraucher bei der derzeitigen Tageslopmenge Mehl von 240 bzw. 260 gr für einen Tag nicht mehr als 6 Reisebrotmarken über je 50 gr, zusammen 300 gr Gebäck, oder auf eine Kommunalverbands-Brotmarke über 1000 gr Brot je 18 Reisebrotmarken über je 50 gr, zusammen 900 gr Gebäck ausgegeben werden.

Verbraucher, insbesondere Gasthausbesucher und sog. Pendelarbeiter, welche die mit dem Bezug von Reisebrotmarken verbundene Kürzung der Brotration nicht auf sich nehmen wollen, müssen sich dadurch helfen, daß sie von zu Hause Brot in die Wirtschaft oder zur Arbeitsstätte mitnehmen.

Die Kartenabgabestellen und die Wirte, welche zum Umtausch von Reisebrotmarken ermächtigt sind, dürfen bis auf weiteres Kommunalverbands-Brotmarken nur nach diesem Satz in Reisebrotmarken umwechseln. Eine Hilfstafel zur Berechnung und Umwechslung geht ihnen durch Vermittlung der Gemeindebehörde zu. Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, die örtlichen Kartenabgabestellen und die Wirte auf diese Befannmachung besonders hinzuweisen und ihre Einhaltung zu überwachen.

Den 22. Januar 1919.

O.R.A. Gaifer.

Wildbad.

Freiwillige Grundstücksversteigerung

Die von den Gastwirtsbelehuten Friedrich und Christiane Hempel von hier zurückgelassenen Grundstücke:

Geb. B 60 80 qm Wohnhaus, das Gasthaus zum „Ventilhorn“, mit Schweinestall und Hofraum in der König-Karlstraße samt

Geb. B 60a 25 qm Stallgebäude hinter dem Wohngebäude B 61 daselbst, je mit gemeinschaftlichem Gang,

und Parz. Nr. 1650/51 15 a 76 qm Acker und Scheuer im Reifern, bei den drei Brunnenböden,

kommen am

Montag, den 3. Februar 1919, vormittags 10 Uhr,

auf der Notariatskanzlei in Wildbad öffentlich zur Versteigerung.

Den 21. Januar 1919. Bezirksnotar Brehm.

In Borort Pforzheims ist wegen hohen Alters des Besitzers

Anwesen mit mechanischer Schreinerei

nebst Maschinen und Werkzeug zu verkaufen.

Günstige Gelegenheit für einen oder zwei tüchtige Schreiner, sich selbständig zu machen.

Näheres durch die Pforzh. Hypotheken-Sicherungs-A.G. in Pforzheim, Jernenerstraße 24, Fernsprecher Nr. 358.

Sofie Heinzemann
Wilhelm Krautz
Verlobte
Neuenbürg a. E., Januar 1919

Conweiler, 22. Januar 1919.
Todes-Anzeige.
Am 10. November, wenige Stunden vor Beginn des Waffenhilfstandes, ist mein treubesorgter Sohn, unser guter Bruder
Ludwig Schönthaler,
Inh. des E. K. II und der Sib. Verd.-Med.,
einer feindlichen Fliegerbombe zum Opfer gefallen und seinem einzigen Bruder Gustav im Alter von 27 Jahren im Heldentode nachgefolgt.
Für alle erwiesene Teilnahme an unserem Leide danken wir herzlich.
In tiefer Trauer:
Die Mutter Luise Schönthaler, Witwe, geb. Wacker,
und Töchter.
Trauergottesdienst: Sonntag nachmittag 2 Uhr.

Höfen, 22. Januar 1919.
Danklagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Tode unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels
Wilhelm Knöller,
Zimmermannssohn,
sowie für die ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte vonseiten der Schulkameraden und der verehrl. Feuerwehr sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank aus.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Landwirte
Wer Backofen, Backherde oder Fleischräucher anschaffen will, verlange sofort Preisliste von
Joh. Werner, Nagold.
Solange Vorrat ist günstige Gelegenheit gegeben neue und gebrauchte
Nähmaschinen, welche noch aus erstl. Material hergestellt sind, für Haus, Erwerb und Handwerker einzulassen. Alte Nähmaschinen werden in Tausch genommen. Langj. Garantie. Auskauf lospreislos.
Stephan Gerber, Reutlingen. Vertreter überall gesucht.

Stelle sucht
auf 15. Februar ein älteres Mädchen, etwas beschränkt, das schon in Hotel als Küchenmädchen und auf dem Lande gedient hat.
Näheres bei
Johann Dreßel, Rotensol, Post Herrenalb.
Auf 1. Februar sucht fleißiges, tüchtiges
Mädchen Stelle für Hausarbeiten. Best. Angebote erbeten unter N. 215 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.

Breßlerlehrling
wird auf Ostern bei guter Ausbildung angenommen.
R. Geißelmann, Breßlerlei und Präge-Anstalt, Pforzheim, Osterfeldstraße 10.

Vertreter
gesucht zur Vermittlung von Versicherungen gegen Provision. Näheres Generalagentur Stuttgart, Weimarstraße 5.
Karl Bertsch.

Druck und Verlag der G. Koch'schen Buchdruckerei des Enztälers — Für die Schriftleitung verantwortlich D. Straum in Neuenbürg.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Haushaltungen welche einen Bedarf an
Rohzucker
zur Kunststoffbereitung angemeldet haben, können die darauf entfallende Zuteilung von je 2 1/2 kg am Freitag, den 24. ds. Mts., vorm. 9—11 Uhr, bei Pfannkuch & Co. hier abholen. Geschirr mitbringen.
Stadt-Lebensmittelstelle
J. A.: Kienzle.

Neuenbürg.
2-3 Zimmerwohnung
samt Zubehör sofort oder später zu mieten gesucht.
Zu erfragen bei **Friedrich Wäber, Mühlstraße.**

Sehe mein vor einigen Jahren neuerbautes
Wohnhaus
in schöner, sonniger Lage dem Verkauf aus.
Offerten unter Nr. 20 an den „Enztäler“.

Neuenbürg.
Fortwährend sehr schöne
Läufer Schweine
zu haben; auch Bestellungen werden entgegengenommen bei **Fr. Rudolf Vogt, Wehger.**

Arnbach.
Eine 35 Wochen trächt., leichte
Fahrkuh
hat zu verkaufen
Friedrike Kern.

Gräfenhausen.
Eine gute
Rug- und Fahrkuh
samt Kalb
hat zu verkaufen
Ernst Glauner, Schmied.

Bettfedern-Gelegenheitskauf!
Reine Wäntel Federn zum Schließen. 9 Pfd. 42. — frei Nachn. mit Bad.
Zeise & Co., Königssee-E. (Thür.).

Dauernd befriedigen
die seit
40 Jahren
bewährten und bevorzugten


Biesingers
Buch- und Dokumenten-Tinte u. Deutsche Reichs-Schreibtinte.
Leichtflüssigste Eisengallus-Schreibtinte. Zu haben in den Schreibwarenhandlungen.
Jos. Biesinger, Tintenfabrik Stuttgart.

Wir reparieren jede
Schreibmaschine.
Bernh. Stöwer A.-G., Schreibmaschinenfabrik, Filiale Stuttgart, Hauptstätterstr. 147, Tel. 6848.

Preis vier...
in Neuenbürg...
Durch die Post...
und Oberamts...
A 225, im...
Inland, Verkeh...
und 303 Post...
Verfassungen...
beten und in...
Neuenbürg...
Direktion...
O.R.A. Gaifer...
Enztäler...
Stutt...
ungsolien...
bohnböden...
die Güter...
einschreiten...
mando die...
Entlade, A...
einzelnen a...
tärpersonen...
Stutt...
des Versamm...
wurde folge...
Die Solda...
die Nation...
in der Beset...
schaft der...
Sicherung...
Verfassung...
und Indu...
Ersetzung...
freiwillige...
Die Sold...
hinter der...
ist, diese...
werden w...
der freihei...
fehlt.
Karl...
der vorlä...
Abschnitt...
fährt, daß...
1919 in d...
dort verb...
wehrrpflicht...
müssen, je...
nach dem...
zugezogen...
Über...
zugelassen...
betroffen...
des Staas...
stellen a...
2. alle Le...
Lehranstal...
und 3. di...
Kreditinsti...
Für...
der Ausb...
Termin...
verlassen...
Die Beg...
rierung...
nahmen...
Stra...
absichtigt...
linke Rhe...
ten nützb...
Rhein ein...
und die...
Ansicht...
wird, so...
für den...
macht wir...
Abhlin...
ein Stau...
wird, die...
für die...
zugunsten...
mit endg...
Ber...
ben: „C...
Schnell...
die auf...
Abd, üb...
die Sta...
abermals...
im Perf...
Sie trete

